

Zusätzliche Ausführungen und Bemerkungen zum Fragebogen „Gezielte Konsultation zur Ex-post-Bewertung des Regionalbeihilferahmens“

Unternehmensnachfolge

Die Gewährung von Regionalbeihilfen für die Unternehmensnachfolge ist kaum möglich. Hiernach besteht jedoch erhebliche Nachfrage, da aktuell in vielen Unternehmen eine volkswirtschaftlich wünschenswerte Nachfolgeregelung ansteht.

So ist der Erwerb von mit einer Betriebsstätte verbundenen Vermögenswerten nur dann beihilfefähig, wenn die Voraussetzung der Schließung bzw. der drohenden Schließung der Betriebsstätte erfüllt ist. Das Kriterium der „Schließung der Betriebsstätte“ ist nach unserer Auffassung zu restriktiv und ökonomisch nicht sinnvoll.

Weiterhin ist Forderung, wonach die Vermögenswerte von Investoren erworben werden müssen, die in keiner Beziehung zum Verkäufer stehen sehr restriktiv. Selbst die Privilegierung, wie in Art. 17 der AGVO, wonach die Übernahme eines kleinen Unternehmens durch Familienmitglieder der ursprünglichen Eigentümer oder durch ehemalige Beschäftigte beihilfefähig ist, entfällt leider für die Regionalbeihilfen. Zum Zweck der Unternehmensnachfolge sollte auch der Erwerb von Unternehmensanteilen über sog. Share Deals beihilfefähig sein, wenn der Erwerber in dem Unternehmen eine Leitungsposition einnimmt und/oder die Geschäftspolitik aktiv mitgestaltet. Der Erwerb aus reiner Renditemaximierung wäre damit auch weiterhin ausgeschlossen.

UiS-Definition

Bei der Definition von Unternehmen in Schwierigkeiten (UiS) wurde im Vergleich zur alten Definition leider der zeitliche Bezug von kurzfristigen Effekten gestrichen. Somit ist die Definition abstrakter geworden und auftretende Effekte innerhalb der letzten 12 Monate können keine Berücksichtigung mehr finden. Erleichternd hat sich ausgewirkt, dass die sog. weichen Kriterien (steigende Verluste, zunehmende Lagerbestände etc.) gestrichen wurden. Jedoch fehlt ein Ausschluss der Anwendung auf Gebietskörperschaften. Diese können grundsätzlich auch als Unternehmen angesehen werden, jedoch sind die UiS-Kriterien nach der Definition nicht abprüfbar. Zudem sollte die Definition dahingehend ergänzt werden, dass sie keine Anwendung auf Gebietskörperschaften und deren unselb-

ständige Unternehmen findet. Darüber hinaus sollte die UiS-Definition u. E. im Sinne des Private Investor Tests insofern ergänzt werden, als dass die formalen UiS-Kriterien zwar durchaus erfüllt sein können, dieses Unternehmen aber dennoch nicht als UiS gilt, sofern sich ein anderer, vom Unternehmen unabhängiger privater Investor findet, der das Unternehmen parallel maßgeblich mitfinanzieren möchte (analog zur Nr. 34 der Leitlinien für staatliche Beihilfen zur Förderung von Risikofinanzierungen).

KMU-Definition

Die im Rahmen des Konsultationsverfahrens in Aussicht gestellte Reform der KMU-Definition ist bislang ausgeblieben. Bei den KMU-Schwellenwerten sollte dabei sowohl die Inflationsrate als auch das reale Wirtschaftswachstum im betreffenden Zeitraum berücksichtigt werden. Grund: Neben der Inflation wird das Unternehmenswachstum maßgeblich vom realen Wirtschaftswachstum bestimmt. Vor diesem Hintergrund plädieren wir für folgende Anhebung der Schwellenwerte:

Kleinstunternehmen: Mitarbeiterzahl 20, Jahresumsatz: 4 Mio. €, Bilanzsumme: 4 Mio. €
Kleine Unternehmen: Mitarbeiterzahl 100, Jahresumsatz: 20 Mio. €, Bilanzsumme: 20 Mio. €
Mittlere Unternehmen: Mitarbeiterzahl 500, Jahresumsatz: 75 Mio. €, Bilanzsumme: 75 Mio. €

Bei der Schwellenwertberechnung sollten zudem ausschließlich Verbindungen zwischen den verbundenen Unternehmen berücksichtigt werden. Die Kategorie von Partnerunternehmen sollte ersatzlos wegfallen. Dies würde zur Klarheit beitragen.

Der Europäische Gerichtshof hat im September 2016 in mehreren Urteilen festgestellt, dass die aktuelle KMU-Definition weder klar noch präzise genug formuliert sei. Die Prüfung der KMU-Eigenschaft ist nicht nur fehleranfällig, sondern auch sehr aufwändig. Vor diesem Hintergrund muss die von der EU-Kommission bereits ins Auge gefasste Überarbeitung der KMU-Definition zu einer deutlichen Vereinfachung führen. Die Regelungen sollten insgesamt klarer und damit anwendungsfreundlicher formuliert werden, damit die Unternehmen eine Selbsterklärung mit einer hohen Rechtssicherheit abgeben können.

Zusammenspiel von EU-Beihilferecht und Strukturfondsrecht

Vereinfachungen bei der Verwendung von anderen EU-Mitteln, wie den Europäischen Strukturfonds, sind nur im Bereich der vereinfachten Kostenoptionen und das auch erst nach der Anpassung der AGVO im Jahr 2017 erkennbar. Die eindeutige Abgrenzung zwischen dem Anwendungsbereich der „Vorhaben, die nach ihrem Abschluss Nettoeinnahmen erwirtschaften“ und Vorhaben mit „Betriebsgewinnen“ erfolgte jedoch bspw. erst mit der Veröffentlichung der sog. Omnibus-Verordnung im Jahr 2018. Eine Harmonisierung

von Regelungen zwischen den EU-Fonds und den beihilferechtlichen Bestimmungen ist dringend von Beginn der nächsten Förderperiode an erforderlich.

Mit der geplanten Verlängerung der Freistellungsverordnungen und Regionalbeihilferegelungen bis zum 31.12.2022 geht eine Anpassung der Regelungen in der dann bereits seit dem 01.01.2021 laufenden Förderperiode einher. Gravierende Änderungen von beihilferechtlichen Bestimmungen könnten dann die regionalpolitischen Zielsetzungen des Einsatzes der Europäischen Strukturfonds behindern, im schlimmsten Fall gar verhindern. Daher sollte die Reform der Bestimmungen für den Zeitraum ab 2023 das Hauptziel der Harmonisierung mit den Regelungen der EU-Fonds und der Vereinfachung von Vorschriften haben.